

15.03.2008 - Eine echte Wahl im Iran gab es nicht

15.03.2008, WELT
Nach den Parlamentswahlen
Iran bleibt bei seiner Konfrontationspolitik

Eine echte Wahl hatten die Iraner nicht und das Ergebnis der Parlamentswahl am Freitag stand schon vorher fest: Volle Unterstützung für das Lager des bisherigen Staatspräsidenten Ahmadinedschad.

Was das für den Iran und seine zukünftige Politik bedeutet, erklärt Richard Herzinger auf WELT ONLINE.

Der iranische Ministerpräsident, Mahmud Ahmadinedschad, wird auch in Zukunft bei seiner Konfrontationspolitik bleiben

Das Ergebnis der iranischen Parlamentswahl vom Freitag war voraussehbar. Nach ersten veröffentlichten Teilresultaten lagen die ultraradikalen Islamisten um Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad klar vorn, gefolgt von den als gemäßigt konservativ geltenden islamistischen Kräften, die wohl hinzugewinnen konnten.

Abgeschlagen waren die Reformer, die aber in einigen Städten gute Ergebnisse erzielt haben sollen. Endgültige Resultate werden nicht vor nächster Woche erwartet.

Eine echte Wahl hatten die Iraner bei dieser Abstimmung nicht. Die Parlamentswahlen, bei denen sich rund 4500 Kandidaten um 290 Abgeordnetenplätze bewarben, wurden schon im Vorfeld manipuliert und fest unter Kontrolle der herrschenden Fraktion innerhalb der theokratischen Kaste gehalten.

Mehr als 1700 Kandidaten wurden durch den „Wächterrat“, dem obersten geistlichen Gremium der Islamischen Republik, von der Wahl ausgeschlossen – wegen religiöser Unzuverlässigkeit oder mangelnder Loyalität zu den „Werten der Islamischen Revolution“.

Wirklich demokratische Kräfte haben im heutigen Iran keine Chance. So wurden die „Reformkräfte“, mit denen westliche Beobachter einmal mehr ihre Hoffnungen auf eine mögliche „Liberalisierung“ des Irans verbunden hatten, schon vorab so weit dezimiert, dass für sie keine Aussicht auf eine Parlamentsmehrheit bestand.

Diese hätten sie als Ausgangsposition für die Abwahl Ahmadinedschads bei der Präsidentschaftswahl im kommenden Jahr nutzen können.

Dabei bilden auch die Reformer keine grundsätzliche Opposition gegen das theokratische Herrschaftssystem, sondern repräsentieren dessen flexibleren, modernen Wirtschafts- und Regierungsmethoden aufgeschlossenen Flügel.

Sie sind zudem aufgespalten in die Anhänger der Ajatollahs Mohammed Chatamis und Hashemi Rafsandschanis, also des Vorgängers und Vor-Vorgängers Ahmadinedschads im Präsidentenamt.

Beide waren ihrem Anspruch, den Iran zu modernisieren, während ihrer Regentschaft in keiner Weise gerecht geworden. Rafsandschani gehörte in früheren Jahren zu den brutalsten Verfolgern von Gegnern des Regimes und steht – als angeblich reichster Mann des Irans – im

Ruch hemmungsloser Korruption.

Wirklich demokratische und säkulare Kräfte haben im heutigen Iran keine Chance, sich im öffentlichen politischen Raum zu artikulieren.
Gefährlicher sind für den Präsidenten Splittergruppen aus dem eigenen Lager.

Gefährlicher als die zersplitterten und halbherzigen „Reformer“ könnten der Macht des Präsidenten Ahmadinedschad die „gemäßigeren“ Kräfte innerhalb seines eigenen Lagers der „Prinzipienfesten“ werden.

Zu ihnen gehört Ali Laridschani, der vor einigen Monaten wegen Unstimmigkeiten mit dem Präsidenten vom Amt des Chefunterhändlers im Konflikt um das iranische Atomprogramm zurückgetreten war. Die Differenzen der „Gemäßigten“ mit Ahmadinedschad sind jedoch mehr taktischer als ideologischer Natur.

Sie machen ihn für die verheerende Wirtschaftslage des Landes verantwortlich, stoßen sich aber weder an seiner Weigerung, im Atomstreit nachzugeben, noch an seiner erklärten Absicht, Israel „von der Landkarte zu fegen“. Dieses Ziel gehörte von Anfang an zur Staatsräson der Islamischen Republik.

Missfallen erregt bei den „Gemäßigten“ jedoch die gezielt provokatorische Art, mit der Ahmadinedschad Konflikte mit dem Westen demonstrativ schürt – und damit unnötigerweise die Isolation des Irans oder gar eine militärischen Reaktion durch die USA oder Israel riskiere.

Ahmadinedschad aber braucht den internationalen Konflikt um das Atomprogramm, um damit Nationalstolz gegenüber fremder Einmischung zu mobilisieren und auf seine Mühlen zu lenken. Die Unzufriedenheit über die schlechte wirtschaftliche Situation dämpft Ahmadinedschad einstweilen durch populistische Gesten wie das Verteilen von Geldgeschenken an Bedürftige.

Die Mittel dazu bezieht er aus den üppigen Einnahmen der Erdölindustrie.

Keine Aussicht auf einen Wandel im Iran

Der Verlauf der Parlamentswahl zeigt, dass in absehbarer Zeit keine Aussicht auf einen grundlegenden Wandel des herrschenden Systems besteht.

Allenfalls lassen sich daraus Anhaltspunkte über die Kräfteverhältnisse innerhalb des Regimes und den Grad der Unzufriedenheit der Machtelite mit Ahmadinedschads apokalyptischem und irrationalen Gebaren gewinnen.

Ahmadinedschad glaubt fest daran, dass die Rückkehr des Mahdis unmittelbar bevorstehe, jenes mythischen „Verborgenen Imam“, mit dessen Ankunft eine weltweite ideale Ordnung unter dem Islam anbrechen werde.

„Unsere größte Verantwortung ist es, günstige Umstände für die Ankunft des verborgenen Imam zu schaffen“, sagte er kürzlich. Am Wahltag erklärte er, es seien „Milliarden Augen“ auf den Iran gerichtet, die Welt habe das Land zu ihrem „Vorbild und Retter“ erkoren.

Aufgrund dieser religiös inspirierten Wahnideen hält Ahmadinedschad sich und sein Land für unangreifbar, weswegen ihn auch die jüngst verschärften internationalen Sanktionen des UN-Sicherheitsrats nicht irritieren werden.

Das löst bei den realistischeren Köpfen innerhalb des Mullah-Regimes Beunruhigung aus. Doch Ahmadinedschad hat seine Machtbasis kräftig ausgebaut, nicht zuletzt stützt er sich auf die bewaffneten Revolutionsgarden und das Militär, dem er freie Hand zur Aufrüstung unter anderem mit Mittel- und Langstreckenraketen gibt.

Zugleich geht die Entwicklung nuklearer Technologie weiter, die zur Herstellung von Atomsprengköpfen genutzt werden kann.

Auch Irans aggressive Politik der Destabilisierung des Nahen Ostens wird nicht nachlassen. Ein Kommandeur der radikalislamischen palästinensischen Hamas bestätigte diese Woche erstmals öffentlich, dass Hamas-Kämpfer im Iran ausgebildet werden.

Iran sei „unsere Mutter, die uns Informationen, militärisches Material und finanzielle Unterstützung bereitstellt“, sagte er der britischen „Sunday Times“.